



PRESSEERKLÄRUNG VOM 22.03.2009

GESPRÄCH MIT STAATSMINISTER SÖDER AM 21.03.2009

Am Rande der Delegiertenversammlung in Erlangen am 21.03.2009 trafen Vertreter der Ärzteprotestaktion Altötting-Mühldorf zu einem Gespräch mit Gesundheitsminister Dr. Söder zusammen. Die Ärzteprotestaktion wurde durch Dr. Wolf-Andreas Roßberg (Mühldorf), Dr. Katharina Igerl, Dr. Gerd Bermüller und Dr. Albert Beyer (Altötting) vertreten. MDB Stephan Mayer, MDL Ingrid Heckner und MDL Dr. Marcel Huber nahmen ebenfalls an der Diskussion teil.

In angenehmer Atmosphäre war ein guter und konstruktiver Gedankenaustausch möglich, dem Minister konnte der Erfolg der Ärzte-Protestaktion Altötting-Mühldorf dargestellt und die gesammelten Unterschriftenlisten unserer Patienten mit knapp 2.500 Unterschriften übergeben werden.

Es wurde übereinstimmend festgestellt, dass derzeit im Bereich der ärztlichen Versorgung ein unhaltbarer Zustand besteht. Versicherte zahlen mehr denn je, das Geld kommt bei den eigentlichen Versorgerärzten jedoch nicht an, es liegt ein Systemversagen vor. Insgesamt ist genug Geld im Gesundheitssystem vorhanden, es muß nur beim Leistungserbringer ankommen. Derzeit werden nur 15% der Beiträge für die Honorierung der niedergelassenen Ärzte verwendet. Die Ärzte unterstrichen ihre Forderung nach der Aufnahme des Facharztes auch in das SGB V.

Herr Dr. Söder bedauert ausdrücklich, dass er und die CSU dieser Reform zugestimmt haben. Im Gegensatz zur Hauptverantwortlichen, Frau Ulla Schmidt (SPD), gibt Söder zu, mit der Verabschiedung der Gesundheitsreform einen Fehler gemacht zu haben. Vor den Bundestagswahlen sieht er jedoch aufgrund der geschaffenen gesetzlichen Tatsachen und der jetzigen Mehrheitsverhältnisse aktuell keine Möglichkeit, eine strukturelle Änderung zu erreichen. Ein bayerischer Sonderweg erscheint ihm derzeit nicht durchsetzbar.

Die Ärzte aus Altötting und Mühldorf wiesen darauf hin, dass derzeit einzelne Krankenkassen wie die AOK die bedrohliche Situation im Facharztbereich ausnützen, um Verträge zur fachärztlichen Versorgung zu platzieren. Diese Verträge

führen zu einer weiteren Reduktion der Regelleistungsvolumina (RLV). Hierdurch werden die finanziellen Mittel für die Grundversorgung des einzelnen Facharztes weiter reduziert, die Situation wird also noch schlechter, als sie jetzt schon ist. Zum Anderen sind diese Verträge sowohl von der Laufzeit (5 Jahre) als auch von den Inhalten (umfangreiche Übermittlung der Patienten-, Indikations- und Untersuchungsdaten, Vorgabe der medikamentösen Therapie, Steuerung der Patientenversorgung durch kontinuierliche Datenübermittlung an die Kasse) höchst fragwürdig. Es sollen hier vollendete Tatsachen geschaffen werden, die Kassen wollen das ärztliche Handeln und die Patientenversorgung umfassend lenken. Weitere Nutzungsmöglichkeiten dieser ungeheuren Datenmengen sind nicht auszuschließen. Das Konzept der elektronischen Gesundheitskarte mit all ihren negativen Konsequenzen erscheint gegen diese Konzepte von Seiten des Datenschutzes als harmlose Datenspielerlei.

Dr. Söder und die teilnehmenden Ärzte waren sich einig, dass diese Art an Direktverträgen eine Gefahr für die zukünftige ärztliche Versorgung und die freie Arzt-Patienten-Beziehung darstellen, sie drohen das Gesamtsystem völlig aus den Fugen geraten zu lassen.

Eine direkte Hilfe der CSU bei den Verhandlungen mit den Krankenkassen in Bayern sei jedoch laut Dr. Söder nicht möglich, die Kassen unterstehen keiner Kontrolle des Landesgesundheitsministeriums. Zahlreiche Kassen (insbesondere Ersatzkassen) haben zudem eine bundesweite Organisation, welche die Konvergenzlösung (d.h., den gesetzlich vereinbarten Rückfluss der zuviel abgeführten Versicherungsbeiträge) nach Bayern untergraben würden. Zuviel in Bayern erhobene Beiträge fließen daher fälschlicherweise und nicht wie im jetzigen Gesetz vorgegeben in andere Bundesländer ab. Söder übte jedoch auch deutliche Kritik an den Kassen, welche immer noch Gelder für Yogakurse, jedoch nicht für die Leistungserbringer zur Verfügung stellen. Ein wirklicher Wettbewerb unter den Krankenkassen im Sinne und zugunsten der Leistungsempfänger (Patienten und Ärzte) ist durch die Gesundheitsreform nicht angestoßen worden.

Einigkeit bestand im Gespräch, dass Fortbestand der KVB und KBV in der jetzigen Form nicht sinnvoll ist. Jedoch tragen weder KVB noch KBV die Hauptschuld an dem jetzigen Honoraradesaster, die Honorarreform war auf Druck des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) im EBA beschlossen worden. Weder die KVB noch viel weniger die KBV stellen jedoch als Organisationen mit Pflichtmitgliedschaft unter derzeit völliger Restriktion durch das BMG tatsächliche ärztliche Vertretungen dar. In der jetzigen Übergangsphase seien übereinstimmend diese Organisationen jedoch noch erforderlich, um Vertragsangebote der Kassen zu prüfen und Gefahren für die Arzt-Patienten-Beziehung von Seiten dieser Verträge abzuwenden. Mittelfristig müssten hier neue Strukturen im Sinne einer völlig erneuerten, freien, tatsächlichen ärztlichen Selbstverwaltung ohne Körperschaftsstatus geschaffen und durch die Legislative ermöglicht werden.

Leider konnte Minister Söder einem bayerischen Sonderweg nicht zustimmen, da er hierfür keine juristische Möglichkeit sieht. Eine verpflichtende Zusage konnte nicht erreicht werden, so daß der Ärzte-Protest Altötting-Mühlendorf weitergeht.

Herr Dr. Söder erscheint uns jedoch vom Erkenntnisgewinn und von der Sachkenntnis deutlich weiter als viele Parteikollegen und Parteikolleginnen der CDU/CSU. Obwohl er keine definitiven Zusagen gemacht hat, scheint er als einer der wenigen die Tragweite und potentiellen Konsequenzen der jetzigen, durch die Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD weiterhin getragenen und unterstützten Situation zu überblicken.

Altötting, 22.03.2009

Dr. Albert Beyer und das Organisationsteam Ärzteprotest
im Namen der niedergelassenen Fach- und Hausärzte Altötting-Mühlendorf